

## **GEWERKSCHAFTLICHER WIDERSTAND – OFFENE FRAGEN UND KONTROVERSE (21.1.2010)**

Siegfried Mielke

Gewerkschaftlicher Widerstand spielt in der bundesdeutschen Erinnerungskultur bestenfalls eine randständige Rolle, und das, obwohl zahlreiche Gewerkschafter bereits 1933 Widerstand gegen das NS-Regime leisteten, während andere heute in der Öffentlichkeit hoch geschätzte Widerstandskämpfer aus dem Umfeld des 20. Juli zu dieser Zeit noch den Nationalsozialisten zujubelten.

Beginnen möchte ich mit einer These von Gesine Schwan, die sie in ihrer Rede zum 60. Jahrestag der Wiederbegründung freier Gewerkschaften in Aachen in einem kurzen historischen Rückblick vertrat: Gewerkschafter gehörten „zu den nicht so zahlreichen deutschen Akteuren [...], die im Nationalsozialismus ihre Integrität bewahrt haben. [...] Mit dem mutigen Widerstand gegen den Nationalsozialismus haben sie ein unschätzbares Vertrauenskapital aufgehäuft, von dem Deutschland lange zehren konnte. Es gefällt mir nicht, wenn diese Leistung, die viele Opfer gekostet hat, heute manchmal gleichsam als historisch erledigt abgetan wird.“

Was ist aus diesem Vertrauenskapital geworden? Wurde es gepflegt?

Meine Antwort: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben es die bundesdeutschen Gewerkschaften nicht verstanden, dieses Vertrauenskapital zu mehren.

In den 50er/60er Jahren, das heißt als noch zahlreiche gewerkschaftliche

Widerstandskämpfer lebten, gab es Ansätze einer positiven Erinnerungspolitik.

Verwiesen sei auf die DGB-Initiative zur Schaffung einer Ehrentafel für verfolgte Gewerkschafter und gewerkschaftliche Widerstandskämpfer und auf das sogenannte, etwas pathetisch klingende, „Goldene Buch der Treue“. Diese Ansätze scheiterten jedoch kläglich. Auch die meisten Einzelgewerkschaften haben hier m. E. zu wenig vorzuweisen.

Wie lässt sich das erklären? Zum einen liegt das natürlich an der schwierigen

Material- und Quellenlage. Lokale Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte zum

Beispiel hinterlassen in der Regel vergleichsweise wenige schriftliche Zeugnisse ihres Handelns. Wissenschaftler beschäftigen sich lieber mit prominenten Vertretern des Widerstandes. Neue Ergebnisse über Mitglieder der Widerstandsgruppe des 20. Juli zum Beispiel stoßen in Wissenschaftlerkreisen und in der Presse auf ein erheblich größeres Interesse als das widerständige Verhalten eines Betriebsrates oder lokalen Gewerkschaftsfunktionärs. Hinzu kommt: Die Gewerkschaften selbst haben den Umfang ihres Beitrages zum Widerstand meines Erachtens deutlich unterschätzt. Dies zeigt zum Beispiel auch eine Formulierung des damaligen DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte: „Es waren nicht viele, die den Mut besaßen, zu widerstehen: Frauen und Männer, Mitglieder der freien, christlichen, der liberalen Gewerkschaften – auch der kommunistischen Gewerkschaftsopposition -, die es nicht hinnehmen konnten und wollten, dass die Rechte und die Würde der arbeitenden Menschen mit Füßen getreten wurden“. Hinsichtlich des gewerkschaftlichen Anteils am Widerstand ist dies entschieden zu bescheiden formuliert. Zuzustimmen ist hingegen seinen folgenden Feststellungen:

„Und so wie jedes Opfer dieses Regimes einen Namen hat, der nicht in Vergessenheit geraten darf, sollen auch die Namen und das Schicksal der Kolleginnen und Kollegen in unserem Gedächtnis bleiben“. Wer die kurzen Biographien, die in einer Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgeführt sind, liest, wird – so Dieter Schulte – „sehen, dass wir oft wenig, zu wenig von ihnen wissen, und es werden viele Namen fehlen, weil wir sie nicht kennen“. Dieses Nichtkennen, das Dieter Schulte bedauert, lässt sich ändern, heute zum Teil sogar eher als vor 20 Jahren. Denn heute sind einige Quellen, wie zum Beispiel Opfer-des-Faschismus- und Entschädigungsakten, die vor 20 Jahren noch gesperrt waren, einsehbar. Die Auswertung eines Teils dieser Akten (vgl. Diss. von H.-R. Sandvoß und die von mir herausgegebenen 3 Bände über Gewerkschafter in den KZs Oranienburg und Sachsenhausen) belegt, worauf ich später noch eingehen möchte, dass manche der in der Literatur vertretenen Positionen hinsichtlich Umfang und Intensität gewerkschaftlichen Widerstandes der Korrektur bedürfen.

Da die Begriffe „Widerstand“ / „gewerkschaftlicher Widerstand“ höchst umstritten sind, möchte ich Ihnen den von mir verwendeten Begriff kurz vorstellen:

Unter gewerkschaftlichem Widerstand verstehe ich in Anlehnung an Michael Schneider das Bestreben ehemaliger Gewerkschafter, „den persönlichen Zusammenhalt ... aufrecht zu erhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten“.

Gewerkschaftlicher Widerstand schloss also auch den Versuch ein, „den NS-Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung zu beleuchten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen den Widerstandsgruppen im Reich und im Exil auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die Zeit danach zu treffen“; ein Beitrag, der insbesondere von emigrierten Funktionären geleistet wurde.

Eine systematische Aufarbeitung des Umfangs und Ausmaßes sowie der Anlässe und des Verlaufs des Widerstands von Gewerkschaftern/Gewerkschafterinnen fehlt bis heute. In der einschlägigen Forschung wird überwiegend die Vorstellung vertreten, der gewerkschaftliche Widerstand sei räumlich auf einzelne Bezirke, personell auf wenige Akteure und zeitlich bis 1935/36 begrenzt gewesen.

Wenn man den von mir vorgestellten Widerstandsbegriff zugrunde legt, dann hat es, so meine zentrale These, weit mehr gewerkschaftlichen Widerstand, oder genauer gesagt, Widerstand von Gewerkschaftern, gegeben als bisher bekannt. Umfang und Intensität des gewerkschaftlichen Widerstandes wurden bisher unterschätzt, ich würde sogar behaupten, dass erst ein geringer Bruchteil dieses Widerstandes bekannt ist.

Dass gewerkschaftlicher Widerstand deutlich umfangreicher war als bisher angenommen, möchte ich an den Beispielen der Widerstandsgruppen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) bzw. des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes (DABV) und der „Illegalen Reichsleitung“ aufzeigen.

## **Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) im Widerstand**

Illustrierende Aussagen, die es auch über den DMV gibt, sagen noch nichts darüber aus, wie repräsentativ diese Gruppen für die Funktionäre und Mitglieder des DMV sind. Repräsentative Aussagen über Gewerkschaftsmitglieder im Widerstand zu machen, dürfte unmöglich und lediglich für ausgewählte Betriebe realisierbar sein. Repräsentative Aussagen über hauptamtliche und ehrenamtliche Funktionäre erscheinen mir dagegen möglich. Das starke Engagement von DMV-Funktionären wird deutlich, wenn man nicht von Widerstandsgruppen ausgeht, sondern einen Perspektivwechsel vornimmt und sich die Frage stellt, wer von den in der Adressenliste des DMV von Januar 1933 genannten DMV-Vorstandsmitgliedern, den Bezirksleitern und den lokalen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionären der ausgeweiterten Bezirke Halle, Dresden und Berlin nachweislich in Widerstandsgruppen mitarbeitete oder aus der Emigration gegen das NS-Regime arbeitete. Das Ergebnis ist meines Erachtens ein eindeutiger Beleg für meine These vom vergleichsweise umfangreichen Widerstand dieser Einzelgewerkschaft. Mehr als die Hälfte der hauptamtlichen Vorstandsmitglieder, darunter Alwin Brandes, Otto Tost, Franz Metz, der Schriftleiter Fritz Kummer und Heinrich Schliestedt, nach 1935 Vorsitzender der Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften, sind hier zu nennen. Auch Ernst Schäfer, der Hauptkassierer, hatte Kontakte zur Widerstandsgruppe Brandes / Ulrich / Teichgräber / Rößler. Ähnlich positiv sieht das Ergebnis für die 16 Leiter der Ende 1932 existierenden insgesamt 15 Bezirke aus (Berlin hatte zwei Vorsitzende). Von den 11 Bezirksleitern, für die bisher biographisches Material vorliegt, sind 9 eindeutig Widerstandskreisen zuzuordnen. Von den 56 in der Adressenliste von Januar 1933 genannten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären des DMV-Bezirks Halle lassen sich 22 eindeutig Widerstandsgruppen zuweisen (das heißt 39 Prozent). Von den 30 hauptamtlichen Funktionären des Bezirks Halle waren immerhin 18 in Widerstandsgruppen aktiv, das

heißt 54 Prozent. Ähnlich positiv sieht das Ergebnis für den Bezirk Dresden aus: 24 von 79 im Adressenverzeichnis genannten Funktionäre und Angestellten des DMV (gleich 30 Prozent) hatten Kontakt zur Widerstandsgruppe Brandes / Urich / Rößler / Teichgräber, von den 22 hauptamtlichen Funktionären waren es sogar 13 (59 Prozent).

Alle vier der für Berlin in der Adressenliste von Januar 1933 genannten hauptamtlichen Funktionäre lassen sich der Gruppe Urich zuordnen. Die stärkere Beteiligung von hauptamtlichen im Vergleich zu ehrenamtlichen Funktionären im Widerstand lässt sich zum Teil damit erklären, dass die Hauptamtlichen ganz legal Klagen wegen ihrer fristlosen Kündigung durch die DAF verfolgen und auf diese Art und Weise unter einander Kontakt aufnehmen konnten. Ein möglicher Erklärungsgrund mag auch darin liegen, dass diese Funktionäre aufgrund ihrer jahrzehntelangen Bindung an die Organisation eher zu Widerstandsaktivitäten bereit waren, weil sie mehr verloren und im Falle eines Erfolges ihrer Widerstandsaktivitäten mehr zu gewinnen hatten.

Dieser DMV-Widerstandsgruppe, die noch keineswegs vollständig erforscht ist, gehörten mehr als 80 ehemalige ehrenamtliche und hauptamtliche DMV-Funktionäre an. Die bisher bekannten Mitglieder kamen überwiegend aus den DMV-Bezirken Dresden, Halle und Berlin. Diese Gruppe besaß aber über Alwin Brandes, Max Urich und andere führende ehemalige DMV-Gewerkschafter auch Kontakte nach Königsberg zum ehemaligen Bezirksleiter Paul Köhler und zu Anastasias Grunwald, dem Bevollmächtigten und Geschäftsführer der DMV-Ortsverwaltung Königsberg, zum Hamburger Bezirksleiter Hermann Kempkens, zu Otto Bremer, der dem DMV-Bezirk Erfurt vorstand, und zu zahlreichen anderen Bevollmächtigten und Geschäftsführern von DMV-Ortsverwaltungen im gesamten Deutschen Reich, so dass mit guten Argumenten von einer reichsweiten und nicht lediglich - wie bisher in der Literatur dargestellt - von einer regional begrenzten Widerstandsgruppe gesprochen werden kann. Dieser DMV-Widerstandsgruppe kam auch aufgrund ihrer Kontakte zum Internationalen Metallarbeiterbund und zur Auslandsvertretung der

Deutschen Gewerkschaften (ADG) die von Heinrich Schliestedt geleitet wurde, der vor seiner Flucht in die CSR wesentlich zum Aufbau des Kontaktnetzes dieser Gruppe beigetragen hatte, erhebliche Bedeutung zu.

Dieses DMV-Netz erfüllte alle der von mir genannten Kriterien einer Widerstandsgruppe. Sie leistete im wesentlichen Aufklärungsarbeit gegen das NS-Regime, schleuste illegales Material und Gelder internationaler Gewerkschaftsorganisationen und skandinavischer Gewerkschafter nach Deutschland zur Unterstützung von Familien inhaftierter Metallarbeiter. Auf Seiten des ehemaligen DMV war sie die wichtigste Widerstandsgruppe.

Daneben gab es jedoch zahlreiche weitere Metallarbeitergruppen im Widerstand. Aus Zeitgründen sei hier lediglich die Widerstandsgruppe des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (vgl. hierzu die Dissertation von Stefan Heinz), die der KPO nahestehende Widerstandsgruppe von Walter Uhlmann und die überwiegend von Kommunisten dominierte Widerstandsgruppe von Robert Uhrig genannt.

Da es in vielen Städten keine Widerstandsgruppen der Metallarbeiter gab, arbeiteten viele ehemalige Funktionäre der Metallarbeitergewerkschaften in politischen Widerstandsgruppen mit. Vorarbeiten für ein bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft beantragtes Forschungsprojekt lassen die Vermutung zu, dass es mehrere Tausend Metallarbeiter gab, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten.

## **Widerstand der Bekleidungsarbeiter**

Ich komme nun zu meinem **2. Beispiel**, dem Widerstand der Bekleidungsarbeiter:

Folgt man der wissenschaftlichen Literatur, dann hat es einen Widerstand der Bekleidungsarbeiter überhaupt nicht gegeben. Fragt man nach verbandsinternen Faktoren, die eine illegale Widerstandstätigkeit während des „Dritten Reiches“ begünstigten oder begrenzten, so erscheint auf den ersten Blick die Situation der

Bekleidungsarbeiter ziemlich aussichtslos. Gemessen an ihren Finanzen und den Mitgliederzahlen zählten die Bekleidungsarbeiter zu den schwachen und wenig einflussreichen Organisationen der freien Gewerkschaftsbewegung. Das Organisations- und Konfliktpotential einer Organisation, die Schneider und Kürschner organisierte, ist im Vergleich zu Eisenbahnern und Metallarbeitern sicherlich nicht sehr hoch anzusetzen.

Möglicherweise alles Gründe, warum bisher keine Forschung über den Widerstand von Bekleidungsarbeitern vorgenommen wurden.

Und dennoch - Nachweisen lassen sich bisher 3 Widerstandsgruppen:

Die Widerstandsgruppen der Bekleidungsarbeiter um 1. Cäsar Thierfelder und Erich Dippe, 2. um Willi Lehmann u. a., und 3. die Hamburger Gruppe um Bruno Verdieck.

Geschwächt wurde ein gemeinsames Vorgehen der Bekleidungsarbeiter aufgrund von Animositäten und Differenzen, die es bereits in der Weimarer Republik zwischen den führenden Funktionären des Bekleidungsarbeiterverbandes gegeben hatte. Nach 1945 stilisiert Willi Lehmann, sicherlich etwas einseitig, diese Differenzen als Meinungsverschiedenheiten zwischen basisfernen Gewerkschaftsbürokraten einerseits und fortschrittlich-partizipativ handelnden Funktionären andererseits. Ohne hier auf diese Differenzen näher eingehen zu können, sei festgestellt, dass diese auch in der Illegalität fortbestanden. Eine Zusammenarbeit zwischen den - man kann schon sagen - „verfeindeten“ Gruppen kam nicht zustande.

Ich beschränke mich im folgenden auf die größte Widerstandsgruppe der Bekleidungsarbeiter um Cäsar Thierfelder, Erich Dippe, Heinrich Hartje und andere, die in Verbindung mit dem Internationalen Berufssekretariat der Bekleidungsarbeiter und in Kontakt mit dem früheren Vorsitzenden des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Martin Plettl stand, und bis Kriegsbeginn ein Netz von Vertrauensleuten der Bekleidungsarbeiter unterhielt. Als eine der wichtigsten Ressourcen dieser Widerstandsgruppe entwickelten sich die zahlreichen Kontakte und Verbindungen von Thierfelder und Dippe zur Illegalen Reichsleitung, in der

Cäsar Thierfelder die Bekleidungsarbeiter vertrat, und zur Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften unter Leitung von Heinrich Schliestedt. Thierfelder gehörte im Juli 1935 als Delegierter der Illegalen Reichsleitung zu den Gründungsmitgliedern der Auslandsvertretung in Reichenberg (CSR). Als sehr vorteilhaft erwies sich die enge Verbindung der Widerstandsgruppe zu dem Generalsekretär der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation, Toni van der Heeg und über Schliestedt und Plettl zum Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB). Eine große Rolle spielte ferner der jahrelange briefliche Kontakt zu dem früheren Vorsitzenden des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes und Präsidenten des Berufssekretariates der Bekleidungsarbeiter, Martin Plettl, der einen Großteil der früheren Funktionäre des Bekleidungsarbeiterverbandes jahrelang brieflich „betreute“ und zum Aufbau eines Vertrauensleutenetzes der Bekleidungsarbeiter motivierte und in den USA finanzielle Unterstützung für die illegal arbeitenden Bekleidungsarbeiter organisierte. Geht man von der These aus, dass internationale Kontakte gewerkschaftliche Widerstandsaktivitäten begünstigten, zum Teil auf Grund der finanziellen Unterstützung erst ermöglichten, dann besaßen die Funktionäre des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, die der Widerstandsgruppe um Thierfelder, Dippe und Hartje angehörten, im Vergleich zu anderen Widerstandsgruppen der freien Gewerkschaftsbewegung eine sehr wichtige Ressource. Dies lag zum einen daran, dass die deutschen Bekleidungsarbeiter in der Internationalen Föderation der Bekleidungsarbeiter vor 1933 nicht nur mit ihrem Vorsitzenden Martin Plettl den Präsidenten dieses Berufssekretariates stellten und die Politik wesentlich mitbestimmten hatten, ein Faktum, das auch nach dem erzwungenen Ausscheiden der deutschen Organisation aus dem Berufssekretariat von wesentlicher Bedeutung blieb. Dies gelang nicht zuletzt deshalb, weil Martin Plettl aufgrund seiner früheren Kontakte zu den amerikanischen Mitgliedsorganisationen und über seine Beziehungen zur American Federation of Labor und zu jüdischen Organisationen Unterstützungsgelder für politische Widerstandsgruppen im „Dritten Reich“ zu organisieren vermochte. Inwieweit dabei eine Rolle spielte, dass der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband vor

1933 zum Beispiel bei Streikaktivitäten unter anderem auch die amerikanische Mitgliedsorganisation International Ladies Garment Workers' Union großzügig unterstützt und die Politik des Berufssekretariates wesentlich mitbestimmt hatte, lässt sich anhand der Quellen nicht beantworten. Ein Zusammenhang ist jedoch zu vermuten.

Die deutschen Bekleidungsarbeiter hatten in dem Sekretär der Internationalen Bekleidungsarbeiter-Föderation Toni van der Heeg, der diese Funktion seit 1925 ausübte und seit dieser Zeit mit Martin Plettl, dem Vorsitzenden des Berufssekretariates, eng zusammenarbeitete, einen starken Verbündeten. Auch wenn die nationalen Mitgliedsorganisationen vor 1945 den Berufssekretariaten nur wenig Kompetenzen für eine eigenständige Politik überließen, war van der Heeg zweifellos ein starker Sekretär, da er gleichzeitig Vorsitzender der Niederländischen Bekleidungsarbeitergewerkschaft und ab 1932 Vorstandsmitglied des Neederlands Verbond von Vakverenigen, der bedeutendsten Dachorganisation der niederländischen Gewerkschaftsbewegung, war. Diese Funktionen machten van der Heeg zu einem der einflussreichsten Vertreter der internationalen Gewerkschaftsorganisationen, auch wenn sein Berufssekretariat der Bekleidungsarbeiter, gemessen an den Mitgliederzahlen, zu den kleinen Internationalen Berufssekretariaten gehörte.

Die Auswertung der mir vorliegenden Dokumente zeigt, dass es den Bekleidungsarbeitern mit Hilfe der genannten internationalen Organisationen gelang, ein illegales Netz von Stützpunkten aufzubauen, das zumindest in einigen Bezirken auf Vertrauensleuten in den Betrieben basierte und mehrere Dutzend Ortsstützpunkte umfasste, in Bezirke gegliedert war, deren Leiter den Kontakt zur Illegalen Reichsleitung der Bekleidungsarbeiter unter Thierfelder und Dippe hielten, die ihrerseits in Kontakt mit der zentralen Illegalen Reichsleitung und mit der Internationale der Bekleidungsarbeiter-Föderation standen. Dieses Netz von Stützpunkten und Bezirken, war zweifellos mehr „als ein typischer Freundeskreis alter Gewerkschaftsfunktionäre, die brieflich mit einander in Verbindung standen und

sich einmal im Jahr trafen, um sich nicht ganz aus den Augen zu verlieren“, so die Darstellung von Willy Buschak.

Für diese illegale „Organisation“ von Vertrauensleuten, die nie zerschlagen wurde, lassen sich bisher keine Außenaktivitäten nachweisen (Flugblattverteilung, Sabotageakte oder dergleichen), aber immerhin die kurzfristige Existenz einer sozialpolitischen Zeitschrift „Die Brücke“, die in kleiner Auflage von Berlin aus verschickt wurde, wozu als Tarnadresse der zu diesem Zweck gegründete „Verein ehemaliger Schüler der Zuschneiderschule Hermann Wendt“ diente. Das heißt, es existierte zumindest ein Netz von Vertrauensleuten und Ortsstützpunkten, die ihrerseits als Skatclub, Lotterie- oder Wanderverein getarnt waren. Diese Gruppen versuchten, in die Betriebe hineinzuwirken. Als allgemeine Zielsetzung der Aufklärungsarbeit definierte Martin Plettl „alle die Arbeiter berührenden Einzelfragen, besonders auf wirtschaftlicher Basis, zur Schürung der Unzufriedenheit“ zu nutzen, während die „rein politische Linie... nebenher laufen“ sollte. Hinsichtlich konzeptioneller Überlegungen und Neuordnungsvorstellungen, zum Beispiel zur Überwindung der Richtungsgewerkschaften, lassen die Dokumente keinerlei Ansätze einer Zusammenarbeit mit Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften erkennen. Die bereits im April 1933 geäußerte Intention des Führerkreises der Gewerkschaften, die Richtungsgewerkschaften zu überwinden, hatte die Bekleidungsarbeiter entweder nicht erreicht oder wurde von diesen ignoriert.

Diese Gruppe freigewerkschaftlicher Bekleidungsarbeiter-Funktionäre, die aus konspirativen aber wohl auch aus inhaltlichen Gründen selbst eine Zusammenarbeit mit illegal arbeitenden Textilarbeitern ablehnte, und schon gar nicht bereit war, mit kommunistischen Gewerkschaftern zusammenzuarbeiten, blieb bis zum Kriegsbeginn erhalten, auch wenn ihre Aktivitäten mit der Verhaftung von Cäsar Thierfelder im Januar 1934, dem seine Kontakte zu Heinrich Schliestedt zum Verhängnis wurden, deutlich zurückgingen.

## **Illegale Reichsleitung**

Werden die Widerstandsgruppen der Bekleidungsarbeiter in der Literatur überhaupt nicht erwähnt oder eher abwertend als ein „Kreis alter Freunde“ charakterisiert, wird die Illegale Reichsleitung, ein Zusammenschluss führender Funktionäre der freien Gewerkschaftsbewegung von einem Teil der Autoren als Phantasma, als Trugbild charakterisiert und als ein Club eitler Selbstdarsteller abgetan. Ebenso wenig haltbar wie diese Bewertung, ist die von Gerhard Beier vertretene Position, der die Illegale Reichsleitung als eine Fortentwicklung des Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften aus dem Frühjahr 1933 darstellt, der in letzter Minute den erfolglosen Versuch einer Überwindung der Richtungsgewerkschaften unternahm. Gleichsam als organisatorische Unterfütterung ergänzten nach dieser Darstellung Reichsleitungen der ehemaligen Einzelgewerkschaften die zentrale Führung. Unter Annahme eines Erfahrungswertes für die Zahl der Funktionäre im Verhältnis zu den Gewerkschaftsmitgliedern wird von G. Beier schließlich ein vieltausendfacher potentieller Unterstützerkreis der Illegalen Reichsleitung angenommen.

Die Illegale Reichsleitung war im Herbst 1933 mit Unterstützung des Internationalen Gewerkschaftsbundes von ehemaligen führenden Funktionären der freien Gewerkschaftsbewegung gegründet worden, die im Frühjahr 1933 noch mehrheitlich die Politik der Anpassung der Gewerkschaften unterstützten hatten. Auch wenn es sich bei der Illegalen Reichsleitung lediglich um ein informelles Netz ehemaliger Gewerkschaftsführer ohne große Massenbasis und ohne breite betriebliche Verankerung handelte, kam diesem selbst ernannten Führungsgremium aufgrund der Anerkennung des IGB und der meisten Internationalen Berufssekretariate erhebliche Bedeutung zu. Aufgrund dieser Anerkennung seitens der Internationalen Gewerkschaftsorganisationen, der finanziellen Unterstützung und der zahlreichen Kontakte ihrer Mitglieder zur ADG (Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften) und zu internationalen Gewerkschaftsorganisationen, erlangte die

Reichsleitung zumindest in Kreisen der illegal arbeitenden freien Gewerkschafter eine gewisse Anerkennung. Entgegen ihrer Bezeichnung stellte sie jedoch keineswegs die Dachorganisation aller illegalen Gewerkschaftsgruppen dar, die aus der freien Gewerkschaftsbewegung kamen. Während des Jahres 1933 konzentrierten sich die Mitglieder der Illegalen Reichsleitung zunächst darauf, Kontakt untereinander aufzunehmen. Häufig „half“ dabei die veränderte persönliche Situation, sei es durch den Zwang, sich durch Vertretertätigkeiten für Handelsfirmen oder Versicherungen die materielle Grundlage zu sichern, sei es, dass die Arbeitslosigkeit eine einfachere Zeitdisposition erlaubte. Im Zentrum der Tätigkeit standen 1933/34 nach den überlieferten Berichten, die organisatorischen Bemühungen in die einzelnen Reichsgebiete auszudehnen, was allerdings nur begrenzt erfolgreich war. Darüber hinaus berichteten Heinrich Schliestedt und Hermann Schlimme für 1933/34 von mehreren Flugblattaktionen der Illegalen Reichsleitung in großen Auflagen. Mitglieder der Illegalen Reichsleitung sammelten ferner Forderungen aus Pensionsansprüchen aufgrund der Funktionäristätigkeit vor 1933 und vertraten diese gegenüber der DAF. Hilfsbedürftige oder Verwandte von Inhaftierten wurden mit Geld- und Sachmitteln unterstützt. Zum Teil lassen sich auch Kontakte zu früheren Gewerkschaftsfunktionären in einzelnen Reichsteilen und Vermittlungstätigkeiten der Illegalen Reichsleitung nachweisen.

So konnten zum Beispiel auch Vermittlungen von Walter Maschke, einem der führenden Mitglieder der Reichsleitung, die ursprünglich nebeneinander und rivalisierend arbeitenden Widerstandsgruppen der Bekleidungsarbeiter von Erich Dippe und Cäsar Thierfelder zusammengeführt werden. In einigen Orten konnten die Bekleidungsarbeiter erst mit Hilfe der Reichsleitung Kontakte zu früheren Mitgliedern herstellen und so ihr Vertrauensleutenetz erweitern. Folgt man der Anklageschrift gegen Willi Vollnberg, eines der führenden Mitglieder der Widerstandsgruppe um Otto Scharfschwerdt, dann fungierte Cäsar Thierfelder als Mitglied der Illegalen Reichsleitung als Kontaktperson und Vermittler zwischen illegalen Widerstandsgruppen, der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften

und führenden emigrierten Funktionären anderer Berufsgruppen. Auch die Gründung der Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschafter, die von Heinrich Schliestedt, der bis zu seiner Emigration der Illegalen Reichsleitung angehört hatte, ausging, ist in erster Linie als ein Werk der Illegalen Reichsleitung zu sehen. Die Reichenberger Konferenz, die Gründungskonferenz der Auslandsvertretung am 26./27. Juli 1935, stellte den ersten ernsthaften Versuch dar, zwei Jahre nach der Machtergreifung ein Sprachrohr für die von der Illegalen Reichsleitung erfassten Gewerkschaftsgruppen zu bilden. Die von der Reichenberger Konferenz gebilligten Leitsätze formulierten als Aufgabe der Auslandsvertretung, in engster Zusammenarbeit mit den in Deutschland illegal tätigen Gewerkschaftern zu arbeiten und ihnen Hilfe zu leisten, unter anderem mit Vorschlägen und Material für ihre Propaganda. Die Prozesse gegen den Lokomotivführer-Funktionär Otto Scharfschwerdt und andere machen deutlich, dass es zwischen Mitgliedern der Illegalen Reichsleitung, der Auslandsvertretung und der Sopade eine enge Zusammenarbeit und einen intensiven Materialaustausch gab. Die Anwesenheit von Richard Barth, Carl Hanschen, Cäsar Thierfelder, Hermann Scheffler und anderen auf Tagungen der Internationalen Gewerkschaftsorganisationen, unter anderem des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Internationalen Berufssekretariate und des Koordinations-Komitees von Internationalem Gewerkschaftsbund und Berufssekretariaten machen meines Erachtens deutlich, dass es sich hier keineswegs um eine Fata Morgana, sondern um eine ernstzunehmende Widerstandsgruppe gehandelt hat. Die Zukunftsvorstellungen der Illegalen Reichsleitung und ihre politischen Zielsetzungen, abgesehen vom Sturz des NS-Regimes, blieben dennoch schemenhaft. Lediglich in der Anfangsphase des Regimes spiegelt sich die Hoffnung, die Hitler-Regierung werde rasch wieder abtreten und an ihren eigenen Widersprüchen zerbrechen. Hauptansatzpunkt war die als Schwachstelle des Regimes erkannte DAF, die in der Arbeitnehmerschaft kaum verankert war und deren umfassender Regelungsanspruch von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Einige dieser Gewerkschaftsführer erwarteten daher noch im Frühjahr 1934 einen fundamentalen Umschwung und eine

Ablösung der DAF durch eine erneuerte Gewerkschaft. Ebenso wie die Deutsche Arbeitsfront wurde eine Rückkehr zum Weimarer System der Richtungsgewerkschaften zurückgewiesen. In Übereinstimmung mit den Christlichen Gewerkschaften sollte danach eine einheitliche Organisation mit gewerkschaftlichen Prinzipien geschaffen werden. Kontakte wurden mit Vertretern der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften von der Illegalen Reichsleitung jedoch nicht aufgenommen.

Zum Schluss möchte ich einige Thesen vorstellen zu Aspekten der Widerstandsthematik, auf die ich aus Zeitgründen im Vortrag nicht eingehen konnte:

1. Gewerkschaftliche Widerstandsgruppen wurden nicht zuletzt deshalb unterschätzt, weil sie häufig lediglich auf der Grundlage der Akten der Verfolgerinstitutionen (Gestapo, Staatsanwaltschaften, Gerichte) in ihrer Bedeutung eingeschätzt wurden. Das gilt zum Beispiel für die Fehleinschätzung, es habe keine Illegale Reichsleitung der Textilarbeiter gegeben. Gleiches gilt für die Charakterisierung der Illegalen Reichsleitung als „Phantasma“. Gewerkschaftliche Widerstandsgruppen wurden auch deshalb unterschätzt, weil sowohl Gewerkschafter als auch Wissenschaftler den Gewerkschaftsfunktionären, die im Frühjahr 1933 die Anpassungspolitik gegenüber dem NS-Regime betrieben hatten, keine Widerstandsaktivitäten zutrauten.
2. Gewerkschaftlicher Widerstand beginnt mit der Bildung des Führerkreises der Gewerkschaften; eine These, die vom Gros der Wissenschaftler so nicht geteilt wird. Die Mehrheit der Wissenschaftler sieht in diesem verspäteten Versuch einer Überwindung der Richtungsgewerkschaften lediglich einen weiteren Beleg für die Anpassungspolitik der führenden Vertreter der christlichen, liberalen und freien Gewerkschaftsbewegung an das NS-Regime. Trotz aller Anpassungen in den programmatischen Aussagen des Führerkreises sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die Gewerkschaften weiterhin auf ihrer Schutz- und Ordnungsfunktion als

unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer bestanden. Als sie spätestens nach der Zerschlagung der Gewerkschaften feststellen mussten, dass selbst eine entpolitisierte und auf die Schutzfunktion reduzierte Gewerkschaftsorganisation von den Nationalsozialisten nicht geduldet wurde, beteiligten sich gerade auch viele der gewerkschaftlichen Anpassungspolitiker an der Bildung von gewerkschaftlichen Netzwerken des Widerstandes.

3. Weitgehende Übereinstimmung existiert heute in der negativen Beurteilung der Anpassungspolitik der Gewerkschaften im Frühjahr 1933 und in der Einschätzung der Wirkung des Legalismus-Kurses des ADGB auf die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaftspolitik der Anpassung hat zweifellos die Bereitschaft, Widerstand zu leisten, zunächst negativ beeinflusst. Kontrovers werden heute dagegen die Rahmenbedingungen und die Motive der Anpassungspolitik diskutiert. Dieter Nelles bezweifelt zum Beispiel, dass 1932/33 „eine Bereitschaft zu entschlossenen Aktionen gegen die nationalsozialistische Machtübernahme [...] in der Führung des ADGB zu keinem Zeitpunkt vorhanden“ war und zwar „weitgehend unabhängig von der immer wieder diskutierten Frage [...], ob es realistische Möglichkeiten des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Machtübernahme gab“.

4. Besondere Chancen Widerstand zu leisten, besaßen die illegalen Gruppen, die Kontakt zu ihren Berufssekretariaten oder zum Internationalen Gewerkschaftsbund oder später zu Emigrantengruppen besaßen, die sie finanziell unterstützten und zum Teil mit Material versorgten, so dass selbst Mitglieder- und finanzschwache Gewerkschaften wie zum Beispiel die Bekleidungsarbeitergewerkschaft in die Lage versetzt wurden, Widerstandsgruppen zu bilden und Aktivitäten gegen das NS-Regime zu entwickeln.

5. Getragen wurden die meisten bisher bekannten Widerstandsgruppen von denselben ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären, die für die Anpassungspolitik verantwortlich waren.

6. Diese Gewerkschaftsgruppen, das gilt auch für die kommunistische RGO, stellten keine Massenorganisationen dar. Bevorzugt wurden aus konspirativen Gründen Vertrauensleutenetze, kleine Zirkel und Kaderorganisationen.

7. Die Zusammenarbeit zwischen den Richtungsgewerkschaften stellte im Widerstand bis Kriegsbeginn eher die Ausnahme dar. Bis Kriegsbeginn gab es in der Regel lupenreine Widerstandsgruppen von ehemals sozialdemokratisch-sozialistischen, kommunistischen oder christlichen Gewerkschaftern. Differenzen der Weimarer Republik – ich erwähne lediglich die Schlagworte „Sozialfaschismus“, „rot gleich braun“, und neue Differenzen etwa hinsichtlich der Politik des Trojanischen Pferdes der KPD und des Hitler-Stalin-Paktes - verhinderten bis Anfang der 40er Jahre auch im Widerstand eine Zusammenarbeit. Als Ausnahmen seien hier der Koordinationsausschuss in Frankreich, der Arbeitsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter genannt, schließlich der Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften, der in den Anfangsjahren des NS-Systems jedoch ohne jede Bedeutung blieb und erst im Zusammenhang mit dem 20. Juli reaktiviert wurde.

Erst in der Endphase des Krieges gelang es z. B. im Exil in den Landesgruppen deutscher Gewerkschafter in Großbritannien und Schweden, im Council for a Democratic Germany und in einigen illegalen Gruppen im Deutschen Reich die früheren Differenzen zumindest teilweise zu überwinden.

8. Neuordnungsvorstellungen für die post-faschistische Zeit wurden erst am Ende des Krieges und zwar stärker in den Emigrantengruppen als in den illegal arbeitenden Widerstandsgruppen diskutiert. Getragen waren diese Diskussionen von dem Willen, die Richtungsgewerkschaften zu überwinden und eine demokratisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen.

## **Fazit**

Der DGB und seine Mitgliedsorganisationen sollten stärker als bisher bei der Beschäftigung mit der eigenen Historie sich um diese gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen kümmern. Diese Gruppen stellen einen wesentlichen, zahlenmäßig nicht zu übersehenden Anteil am „anderen Deutschland“ dar und sind meines Erachtens ein wichtiger Legitimationsgrund für den Gestaltungsanspruch des DGB und seiner Mitgliedsorganisationen nach 1945.